

**4.6.2025**

**HRK-Präsident zur RIAS-Studie: Im Kampf gegen Antisemitismus nicht nachlassen**

Der Bundesverband der Recherche- und Informationsstellen Antisemitismus e. V. (RIAS) hat heute den Jahresbericht „Antisemitische Vorfälle in Deutschland 2024“ vorgestellt. Dazu erklärt der Präsident der Hochschulrektorenkonferenz (HRK), Prof. Dr. Walter Rosenthal:

„Der RIAS-Bericht belegt auf bedrückende Weise, dass Antisemitismus in Deutschland weiterhin stark verbreitet ist und dass ein entschiedenes Entgegenreten eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe bleibt. Die deutliche Zunahme antisemitischer Vorfälle auch an Hochschulen im Jahr 2024 zeigt zudem, dass wir in unserem Eintreten gegen alle Formen des Antisemitismus und in unseren Anstrengungen zu seiner Prävention nicht nachlassen dürfen.

Hinter den vom RIAS veröffentlichten Zahlen stehen persönliche Angriffe, Bedrohungen und Beleidigungen, die für die Betroffenen eine schwere Belastung darstellen. Wenn sie sich aus den Hochschulen zurückziehen, wenn sie aus Angst ihre jüdische Identität in der Öffentlichkeit verstecken, verletzt dies elementare Werte unserer Hochschulen und unserer demokratischen Gesellschaft. Dem müssen wir uns alle ohne Wenn und Aber entgegenstellen.

Wir haben im vergangenen Jahr erlebt, dass insbesondere bei israelbezogenen Protesten vielfach Plakate, Graffiti und Aufkleber mit antisemitischen Inhalten zu sehen und antisemitische Sprechchöre zu hören waren. Hochschulen wurden zur Bühne für derartige Aktionen, weil sie als Orte akademischer Bildung und Forschung eine besondere Sichtbarkeit haben. Die Aktivist:innen zielen darauf ab, Hochschulen als öffentliche Räume aggressiv zu dominieren und Antisemitismus zu normalisieren.

Hochschulen werden weiterhin entschieden gegen jede Form von Antisemitismus vorgehen. Sie werden sich mit aller Kraft dafür einsetzen, dass sich Jüdinnen und Juden an unseren Hochschulen sicher fühlen können. Aufgrund ihrer gesellschaftlichen Funktion tragen Hochschulen hier eine besondere Verantwortung, auch wenn ein relevanter Teil der Vorfälle offenkundig von Personen ausgeht, die keine Hochschulangehörigen sind.

Durch Forschung zu Antisemitismus, zu jüdischem Leben und zum Nahostkonflikt, durch antisemitismuskritische Bildung oder durch Austauschprogramme mit Israel für Studierende und Forschende befähigen Hochschulen ihre Mitglieder und auch die Gesellschaft, gegen Antisemitismus im Alltag und an der Hochschule einzutreten. Zunehmend haben Hochschulen auch Beauftragte gegen Antisemitismus ernannt, die Betroffene beraten und präventive Maßnahmen organisieren. Die HRK unterstützt dies mit dem vom Bundesministerium für Forschung, Technologie und Raumfahrt (BMFTR) geförderten ‚Kompetenznetzwerk Antisemitismusprävention an Hochschulen‘.“